

Rudolf Böhlke, Joachim Spill,  
Gerd W. Stürz: Das entfesselte  
Wirtschaftswunder. Ein Gedanken-  
spiel zur Zukunft Deutschlands,  
Gustav Kiepenheuer Verlag  
Leipzig 2003, 192 S., (17,90 €)

Ausgerechnet das Land mit der günstigsten Entwicklung der Lohnstückkosten unter allen G8-Nationen, der »Exportweltmeister« Deutschland, hat allergrößte Probleme mit seinen Sozialsystemen. Das pfeifen die Spatzen inzwischen von allen Dächern. Ob im Bildungsbereich, bei der Krankenversicherung oder beim Rentensystem – von der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit gar nicht zu reden –, überall ist der Reformdruck gewaltig. Daß nun ausgerechnet die Regierung die Reform-Taube in der Hand hielt, kann jedoch niemand ernsthaft behaupten. Nie wurde dieses Land so schlecht regiert wie heute – die Halbwertszeit der mit Berufung auf ein hilfloses Kommissionsgewese schließlich verkündeten »Reform«-Projekte ist so niedrig, daß ein einfacher Taschenrechner genügt, um herauszufinden, daß die verheißene Wirkung (wenn sie überhaupt eintritt) noch vor dem Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode verpufft sein wird.

Um all dies noch ein weiteres Mal detailliert zu beschreiben und eindringlich Veränderungen anzumahnen, dazu bedurfte es des vorliegenden Buches wahrlich nicht. Die Fakten sind hinlänglich bekannt. Es kommt jedoch darauf an, wie sie interpretiert werden. Und genau die Art und Weise, wie das allgemein Bekannte gedeutet wird – nämlich in Form einer konservativen Utopie –, macht den Reiz des »Gedankenspiels« der drei Manager-Autoren von der Ernst & Young AG aus. Das Rezept, das sie der geneigten Öffentlichkeit zumuten, erweist sich allerdings als ideologisch-bornierte Mixtur aus kleinbürgerlichem Traditionalismus, anti-demokratischem Marktfundamentalismus und naivem Wunderglauben – überhaupt scheint in den Köpfen deutscher Bourgeois spätestens seit dem Nachkriegs»wirtschaftswunder« und dem »Fußballwunder« von Bern 1954 der Wunderglaube den Realitätssinn weitgehend verdrängt zu haben. Ohne »Wunder« geht offenbar gar nichts mehr.

Die Hoffnung von Böhlke, Spill und Stürz auf die wunderbare Erlösung von den Problemen des angeschlagenen Sozialstaats ruht auf drei Säulen – Wirtschaftswachstum, Privatisierung und Politik als Management. Diese Säulen wiederum gründen alle auf einer gemeinsamen Basis: auf der erschreckend naiven und im Kern anti-demokratischen Idee der Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft. Die »Deutschland AG« wird so aus dem Sprichwortschatz umstandslos in die Wirklichkeit überführt und als alternativlose gesellschaftliche Daseinsform für alle Ewigkeit verallgemeinert. Die Regierung – eigentlich der Aufsichtsrat der »Deutschland AG« – besteht aus Experten, die nicht Minister, sondern »Projektleiter« heißen und die alle vier Jahre gemeinsam einen, von Wirtschaftsprüfern (vorzugshalber von der Ernst & Young AG!?) testierten »Geschäftsbericht« vorlegen und diesen dann von der Aktionärsversammlung (genannt: »Bürgerausschuß«; bestehend aus »Fachleuten der Wirtschaft, des Finanzwesens, der Hochschulen, der Kultur sowie der sozialen Bereiche«; alle sind vertreten, Unternehmer, Juristen und natürlich Steuerberater, nur der einfache Mitbürger offenbar nicht!? – vgl. S. 11) diskutieren lassen. Am Ende folgt die Neuwahl des Aufsichtsrats. »And the winner is?« – Natürlich die jedem politischen Theater abholde Partei der Freien Bürger mit (nur noch) 68,84 Prozent der Stimmen (2,7 Prozent weniger als vier Jahre zuvor! – vgl. S. 183). Dies alles geschieht im Jahre 2018. Grundlage für diesen wunderbaren gesellschaftlichen Wandel ist die »Rückbesinnung auf tradierte Tugenden und Werte« (S. 180), von Intellekt, Geschick und (Handwerks)Fleiß und der konsequente Umbau des Sozialstaats zur »privatisierten Solidargemeinschaft« (S. 18); jener »Glücksgesellschaft« (S. 118 passim), in der der »notorische Antikapitalismus der 68er-Generation« (der am aktuellen deutschen »Niedergang« insbesondere Schuld ist) endlich durch eine »allgemeine Besessenheit vom Kapitalismus« und durch »gesunden Nationalgeist« (S. 120) ersetzt und überwunden wurde. Alle sind wissenschaftlich vernetzte und digitalisierte Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft, schämen sich wieder, der Solidargemeinschaft zur Last zu fallen, haben ihre Rentenan-

sprüche längst den internationalen Finanzmärkten überantwortet und freuen sich an Sport und Spiel – sofern sie Zeit dafür haben, denn mit der dekadenten Spaßgesellschaft war schon 2014 ein für alle Mal Schluß.

Welch eine Utopie! – Wir wären endlich wieder wer; und zwar keine pazifistischen, anti-amerikanischen Weicheier in der »alternativen Kuschelecke«, sondern Vorreiter kapitalistischer Ideale und natürlich Exportweltmeister (Fußballweltmeister darf 2018 Polen werden, aber nur wenn Deutschland ins Endspiel kommt, versteht sich!).

Die Basis dieser Utopie ist in der Vorstellungswelt der Autoren längst vorhanden. Da wäre zum Beispiel das »wunderbare« deutsche Schulsystem, das auf gar keinen Fall durch die »sozialistische« Ganztags-Gesamt-Schule modernisiert werden darf. Statt dessen bedürfte es wieder der Erziehung zu Zucht, Fleiß und Ordnung, um bei PISA an die Spitze zu kommen. Ferner könnten wir auf den bekanntermaßen nicht nur dichtenden, sondern auch denkenden »deutschen« Intellekt (auch »Leistungsdenken« genannt!) zählen, der durch die sozialen Entsicherung des einzelnen nur wiedererweckt werden muß, statt in der Spaßgesellschaft dem Spieltrieb zu erliegen. Und schließlich wäre da das individuelle Gewinn- und Geltungsstreben – wer möchte sich schließlich heute noch »Prolo« nennen lassen, wenn es endlich gilt, wieder »wer« zu sein? Es lebe das (wieder erlaubte) »gesunde nationale Selbst-Bewußt-Sein« (S. 180)!

Widersprüche bei der Herleitung ihrer »Glücksgesellschaft« stören die Autoren wenig – der familiengebundene Selbstverwerter seiner Arbeitskraft muß natürlich räumlich und einkommensmäßig »dynamisch« sowie unbedingt »flexibel« sein, er muß sein Geld ausgeben, um die Konjunktur anzukurbeln und gleichzeitig möglichst viel auf seine kapitalgedeckte Rente sparen und er braucht nur ein borniertes, auf seine spätere Verwertung zugeschnittenes Crash-Kurs-Wissen, das allerdings auf möglichst breiter akademischer Bildung beruhen sollte. Was er aber auf jeden Fall nicht braucht, ist ein »Anspruchsdenken«, was seine soziale Sicherung angeht. Der moderne Wissensarbeiter braucht weder eine lebenswerte Umwelt (die Windgeneratoren, zum Beispiel, verschandeln nur die wunder-

bare deutsche Natur und gehören abgebaut!) noch den Sozialstaat; was er braucht ist Wirtschaftswachstum (sieben Prozent pro Jahr mindestens – egal wo es herkommt und welche Folgen es zeitigt).

Und was ist mit dem Nichtwissensarbeiter, mit dem, der nicht per Computer wählt, und was mit Menschen mit Behinderung? Wer weiß? – Im Wunderbuch kommen sie jedenfalls nicht vor! Da diese Gruppen zusammen eh nur um 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, handelt es sich offensichtlich um eine zu vernachlässigende Größe, deren Einbeziehung nur geeignet wäre, die schöne Utopie in eine häßliche Illusion zu verwandeln...

So einfältig die Vision der drei Wirtschaftsprüfer von der »ewigen kapitalistischen Glücksgesellschaft« auch daherkommen mag, eines macht sie mit allem Ernst deutlich: Nicht nur im Kanzleramt und in linken Studierstuben wird über die Lösung der anstehenden Probleme nachgedacht. Der Kampf um die geistige Hegemonie bei der unausweichlich notwendigen Überwindung des Reformstaus hat längst mit aller Schärfe begonnen – und alle politischen Lager sind gut beraten, die anderen »Wettbewerber« nicht zu unterschätzen.

ARNDT HOPFMANN

Klaus Kinner (Hrsg.):  
Menetel 17. Juni 1953,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Sachsen e. V. Leipzig 2003,  
333 S. (14 €)

Mit der nunmehr 4., der erst kürzlich publizierten durchgesehenen und korrigierten 3. Auflage, ist der zur Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen »Menetel 17. Juni 1953« im Frühjahr vorgelegte »Reader« über seine Vorläufer weit hinausgewachsen: Genau besehen liegt vor uns nicht mehr ein begleitendes Lesematerial, sondern ein »ordentliches«, ein komplettes Buch, das einen wesentlichen Teil der Diskussion im linken Spektrum über das Gedenkereignis erschließt. Mit zwei Einschränkungen: Die Autoren bewegen sich in den Bahnen der – hier nützlicher- und begründbarerweise abgedruckten – Erklärung

des Parteivorstandes der PDS zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 »Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft« und der der bei diesem angesiedelten Historischen Kommission »Der 17. Juni – eine spontane Arbeitererhebung«. Und: Die politische Geschichte und die literarische Reflexion stehen weiterhin im Blickfeld, so daß wirtschafts-, sozial- und ideologiegeschichtliche Aspekte peripher bleiben. Letzteres ist schlicht zu respektieren, da man praktisch schwerlich von Konferenzen mit begrenztem Umfang eine komplette Darlegung erwarten kann; ersteres folgt den in kritischer Forschung gewonnenen Resultaten der Redner und ihrer daraus geborenen Einsicht, daß nur die entschiedene Abkehr von den ideologisch kreierte[n] Geschichtslegenden der SED den Boden bietet, neueren Verzerrungen und ideologischen Konstruktionen selbstgewiß entgegenzuwirken. Neulegendenbildung exerzierten Medien und einige Autoren wissenschaftlicher Publikationen mit maßloser Stilisierung des 17. Juni 1953 zur Revolution à la Frankreich 1789 und zum Grundstein für den Weg nach 1989/90 wahrhaft exzessiv.

Lagen der ersten Auflage ausschließlich Materialien der Leipziger Konferenz zugrunde, so sind nunmehr die weiteren Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden und Chemnitz hinzugekommen. Dazu gesellen sich die erwähnten Dokumente aus der PDS sowie Nachdrucke der »Thesen« Jörn Schüttrumpfs (Berlin) »Schwierigkeiten mit der Klasse« und der Aufsatz Elke Scherstjanoi (Berlin) über die Rolle des sowjetischen Hohen Kommissars W. S. Semjonow bei den Juni-Ereignissen. Der Band ist damit mehr als doppelt so umfangreich wie anfangs. Er gliedert sich nun in die vier Abschnitte Geschichte (S. 11-219), PDS und 17. Juni (S. 235-247), literarische Reflexion (S. 249-287) und zeitgenössische literarische Dokumente (S. 288-320); ein Personenregister und das Verzeichnis der Autoren runden das Buch ab.

Seinem Anliegen nach kann man sich den Beitrag Jochen Černys (Berlin) »Eine gescheiterte Revolution?« eher als Auftakt des ersten Abschnitts denn als Schluß – den ohnehin jeder weiß – vorstellen, denn er behandelt akribisch und instruktiv die Deutungs- und Wertungsgeschichte des 17. Juni 1953 bis in unsere Tage. Ebenso übergreifend histo-

risch-theoretischer Art sind Schüttrumpfs Überlegungen zur Rolle der Arbeiterklasse. Er kommt zu dem Resultat, daß diese sich in den Juni-Tagen einen privilegierten Platz bis zum Untergang der DDR erkämpfte, indem sie der SED die Macht überließ und sich selbst sozialer Sicherheit vergewisserte. Angelika Klein stellt auf dichter archivalischer Basis die hartnäckige Arbeiterrevolte im Bezirk Halle dar, den Protest der Arbeiter gegen deren Verurteilung als »faschistischer Putsch« einbegriffen.

In nunmehr zwei Beiträgen (Siegfried Prokop, Bernau; Erhart Schulz, Jena) wird nachgewiesen, daß politisch konzeptionell, doch auch praktisch-aktiv die Rolle der Intelligenz größer als bisher angenommen war. Wilfriede Otto (Berlin) wendet sich, gestützt auf neue Forschungsergebnisse, in einer sehr gründlichen Studie der größten und bis 1989 schärfsten inneren Auseinandersetzung in der Geschichte der SED 1953 zu – dem Schwanken des Politbüros »zwischen Stalin und letzter Selbstfindung«, dem Druck der sowjetischen Führung schließlich zur Änderung des Kurses auf Sozialismus, die verworrene Lage innerhalb der SED bis hin zu dem Ergebnis, daß mittels Eingriffen der KPdSU die Stellung der SED – genauer wäre: des Politbüros – als Machtzentrum der DDR seitdem eindeutig festgeschrieben war.

Die schon an dieser Stelle sichtbaren äußeren Einwirkungen kommen ausdrücklich in zwei gedanken- und quellenreichen, Wissen und Einsichten erweiternden Aufsätzen zur Sprache: Neben, wie erwähnt, Scherstjanoi mit einer überaus aufschlußreichen Studie ist es Karl-Heinz Gräfe (Freital), der den Blick auf die umfassende Krise des Staatssozialismus in Europa 1953 weitet und damit einen, auch in den Thesen der Historischen Kommission, oft vernachlässigten gravierenden Aspekt nachhaltig ins Gespräch bringt. Interesse verdient ebenfalls die Untersuchung Werner Abels (Kleinschirma) im Kontext der 2. Parteikonferenz der SED über die »Austreibung des ›Luxemburgismus‹« aus der SED«, zurückreichend bis in die KPD der 20er Jahre.

Die literarischen Reflexionen des 17. Juni 1953 analysieren einfühlsam und gedankenvoll Klaus Schumann, Klaus Pezold (beide Leipzig) und Jens-Fietje Dwars (Jena) am Denken, Schaffen und politischen Verhalten

der Schriftsteller Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Anna Seghers, Stefan Heym und Erich Loest. Die beigefügten Texte dieser Autoren veranschaulichen ihre unmittelbaren Reaktionen. Das fatale Fazit Schumanns ermißt das durchgängige Dilemma: Offenkundig waren Schriftsteller, »die ihren Realismus wie Brecht kritisch grundierten [...] bei der Krisenbewältigung unerwünscht und blieben es bis 1989«. Die »Chance des Fiaskos« 1953 (Dwars) endete, weil politisch ungenutzt, schmucklos mit dem Fiasko der DDR.

Die in dem Buch vertretenen Ansichten werden nicht überall in der PDS und unter den deutschen Linken Zustimmung finden, dazu stören sie manches herkömmliche Bild zu sehr. So bleibt zu hoffen, daß das Gewicht der ausgetretenen Forschungsergebnisse erneut Anstöße zu weiteren vertiefenden Überlegungen und zur Revision von Legenden und Augenscheinurteilen vermittelt.

ERNST WURL

*Das Buch kann bezogen werden über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig. Tel. 0341-0608531. E-Mail: Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

**Roland Müller:**  
**Wege zum Ruhm.**  
**Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg – das Beispiel Marburg,**  
**PapyRossa-Verlag Köln 2001,**  
**431 S. (25,54 €)**

Roland Müller beschließt seine Arbeit über die deutsche Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg mit folgender Einschätzung: »Die Militärpsychiatrie, wie sie hier beschrieben wurde, ist Vergangenheit. Ihre Ausformung gehört einer anderen Epoche an.« Heute, so der Autor unter Berufung auf Karl Heinz Roth, Peter Riedesser und Axel Verderber, orientiere man sich bei der Bundeswehr eher an »modernen Formen der Panikprävention und Panikbehandlung«. Deren Grundzüge entwickelten die Therapeuten des Sanitätsdienstes der Luftwaffe zwischen 1939 und 1945: »So wurde

hier schon im Vorfeld versucht, den »richtigen« Mann auf den »richtigen« Platz zu stellen; die Soldaten wurden chemisch gedopt, irritierte Soldaten wurden soweit wie möglich in Ruhestellung geführt, es wurde versucht, ihnen mit autogenem Training, mit Gruppentherapie etc. die Angst zu nehmen oder mit Hilfe ideologischer Schulung und chemischer Aufputscher die Motivation zu reaktivieren« (S. 346). Der Verweis des Autors auf die spezifischen »Ausformungen« der deutschen Militärpsychiatrie in der Ära des Nationalsozialismus allerdings zeigt, daß sich die materiellen und ideologischen Grundlagen der Disziplin bis heute nicht verändert haben: Krieg ist eine pathologische Situation, in der die Brutalität und der Zwangskarakter der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus überdeutlich zutage treten. Soldaten, die unbewußt dagegen aufbegehren und diverse »Kriegsneurosen« entwickeln, werden von Militärpsychiatern mit dem Ziel therapiert, ihre Funktionstüchtigkeit für die kriegerische Produktion wieder herzustellen. Die behandelnden »Arztsoldaten« sind dabei nicht ihrem hippokratischen Eid verpflichtet, sondern der Staatsräson.

Die Selbstverpflichtung der Psychiater auf die Staatsräson führte im Ersten Weltkrieg zu einem »Bannbruch« im Bereich der psychiatrischen Behandlungsmethoden (S. 31 ff.). Die Protagonisten der relativ jungen medizinischen Disziplin wollten ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen, indem sie möglichst viele Kriegsneurotiker in möglichst kurzer Zeit wieder »fronttauglich« machten. Ihre Vorgehensweise war denkbar einfach: »Die Erinnerung an den gefürchteten Kriegsdienst sollte vor den aktuellen Erlebnissen eines höchst unangenehmen Lazarettaufenthaltes verblasen« (S. 34). Der Patient wurde zum Feind, »Kriegsneurose« zum Synonym für »Drückebergerei«, »Therapie« bedeutete schließlich nichts anderes als »medizinisch verschleierte Folter«, wie Müller in Anlehnung an Roth formuliert (S. 123). Das Instrumentarium reichte von »Gewaltexerzieren«, »Dauerbädern« und »Scheinoperationen« über gewaltsame Übungen mit schmerzhaften Stromgaben bis hin zu Isolationshaft. Zu den Behandlungsmethoden zählten außerdem Zwangsarbeit und Elektroschocks. All ihren Anstrengungen zum Trotz mußten die Militärpsychiater schließlich mit

ansehen, wie sich einige der als »linke Psychopathen«, sprich Kriegsgegner, eingestuftem Soldaten an der revolutionären Erhebung von 1918/19 beteiligten: »Die Beteiligung der Kriegsneurotiker am Revolutionsversuch wurde von den Psychiatern ... nicht nur als nachträgliche Bestätigung ihrer denunzierenden Diagnostik und als Rechtfertigung ihrer Behandlungsmethoden im Ersten Weltkrieg rezipiert, sondern als Schreckensbild bei Versagen zukünftigen militärpsychiatrischen Handelns« (S. 44).

Ihre im Ersten Weltkrieg gewonnenen Einsichten konnten die deutschen Psychiater dann im Zweiten Weltkrieg rücksichtslos in die Tat umsetzen, wie Müller am Beispiel der Marburger Reservelazarette III und IV nachweist. Ersteres war der Universitätsnervenklinik unter Leitung von Ernst Kretschmer zugeordnet, letzteres gehörte zur Landesheilanstalt und stand unter Leitung von Albrecht Langelüddeke. In der Universitätsnervenklinik wurde systematisch gefoltert, wobei ihr Leiter mitunter hinsichtlich der Brutalität seiner Behandlungsmethoden noch über die Vorgaben von Heeressanitätsinspektion und NSDAP-Dienststellen hinausging: »Starke faradische Ströme waren aller Wahrscheinlichkeit nach von Anfang an in der Kriegsneurotikerbehandlung verboten, sicher aber von Anfang bis Ende des Krieges vom Einverständnis des Patienten abhängig. Ab Januar 1943 war allein der galvanische Strom zulässig, aber auch nur dann, wenn »einfache Suggestionsverfahren«, also Verbalsuggestion, Hypnose etc. erfolglos geblieben waren. (...) Die Behandlung der Kriegsneurotiker in der Marburger Universitätsnervenklinik fand ... demnach nicht gewohnenmaßen, sondern zweifelsfrei vor-schriftswidrig statt« (S. 140).

Sowohl Kretschmer als auch sein Kollege Langelüddeke stellten ihre Tätigkeit aus voller Überzeugung in den Dienst der »Rassenhygiene«. Allerdings erwies sich die von ihnen vehement geforderte Zwangssterilisierung psychisch kranker Soldaten bald als kontraproduktiv: »Die Rassenhygiene war militärisch störend. Dies war der Grund für die Sterilisationseinstellung zu Kriegsbeginn. Alle Kräfte sollten gebündelt werden. Nur in »dringenden« Fällen durfte sterilisiert werden, die Verfahren wurden eingeschränkt. Von dieser

Verfügung rückte der Staat auch nicht ab, als Psychiater ... darauf drängten. Im Gegenteil: angesichts der Kriegslage wurde im September 1944 selbst die Antragstellung untersagt« (S. 256).

Woraus aber resultierte der maßlose Verfolgungseifer der Marburger »Arztsoldaten«, der sich insbesondere bei Langelüddeke auch in seiner Funktion als psychiatrischer Gutachter vor Militärgerichten niederschlug (S. 174 ff.)? Müller kommt zu folgendem Schluß: »Die militärpsychiatrische Brutalisierung erklärt sich aus der Geschichte der Psychiatrie als Fachdisziplin, des Psychiaterstandes und des politischen Konservatismus, nicht des Nationalsozialismus« (S. 303). Der Aufstieg der Psychiatrie zur medizinischen Fachrichtung war untrennbar mit dem Militär verbunden. Während des Ersten Weltkriegs, der vom Gros der Psychiater in ihrer Eigenschaft als Bürgerliche und Deutsch-Nationale lebhaft begrüßt wurde, erfolgte die Erhebung der Militärpsychiater in den Offiziersstand. Es kam zum »Bannbruch« – der Kriegserklärung an die Patienten. Als diese, zumeist Arbeiter, 1918/1919 die Herrschaft der bürgerlichen Eliten insgesamt in Frage stellten, verwandelte sich die Verachtung für die als »minderwertig« und »abartig« Eingestuften in Haß. Aber nicht nur der Wunsch nach Rache für das erlittene »Novembertrauma« ließ die deutschen Psychiater im NS-Staat ihren »Wunschstaat« erblicken: »Seine Ideologie entsprach dem biologistischen Weltbild fast aller deutschen Psychiater, ihre Forderungen waren Parteiprogramm, ihre konservativen politischen Ziele waren die Ziele des Nationalsozialismus, und er beseitigte alle gesetzlichen Schranken, die das psychiatrische Handeln bisher einengten, bzw. machte deutlich, daß Verstöße nicht geahndet würden. Patienten wurden nun zu freiverfügbaren Versuchskaninchen. Das Projekt des gesunden Volkskörpers in der nächsten Generation lief an. Psychiater konnten Patienten bei Bedarf straffrei foltern« (S. 305).

Die Angehörigen einer Disziplin, deren Reputation auf dem rigorosen Einsatz der Folter beruht, entwickeln notwendigerweise einen besonders starken Korpsgeist. Mit diesem hatte Müller noch in den neunziger Jahren zu kämpfen, als er Patientenakten, auf deren Auswertung seine Arbeit maßgeblich basiert, in

der Marburger Universitätsnervenklinik einsehen wollte. Erst eine unmißverständliche Klagedrohung konnte die Klinikleitung dazu bewegen, ihrer Informationspflicht schließlich doch noch nachzukommen (S. 329 ff.). Somit liegt jetzt eine »exemplarische Schilderung konkreten militärpsychiatrischen Handelns auf der bisher unerforschten Ebene eines Reservelazarets« vor, die Einblick in die Struktur der Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg gibt und allein dadurch weit über eine »lokalhistorische Briefmarkensammlung« (S. 13) hinausweist.

PEER HEINELT

**Wilfriede Otto:**  
**Die SED im Juni 1953.**  
**Interne Dokumente,**  
**(Rosa-Luxemburg-Stiftung**  
**Texte 10), Karl Dietz Verlag**  
**Berlin 2003, 304 S. (14,90 €).**

Erst in der Vorwoche des 50. Jahrestags einer bereits übersättigten Öffentlichkeit vorgestellt, fand eines der wichtigsten der mehr als 20 dem 17. Juni 1953 gewidmeten neuen Bücher nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Eines der wichtigsten nenne ich es, weil hier – nach einer gemeinverständlichen, knappen Einführung – erstmals alle Beratungen dokumentiert werden, die das Politbüro des Zentralkomitees vom 3. Juni bis zum 23. Juli 1953 abhielt: Wilfriede Otto veröffentlicht die Protokolle nebst Anlagen sowie Aufzeichnungen, die von Teilnehmern vor, in und nach den Sitzungen angefertigt wurden.

Die erstmalige Erschließung und weitestgehende Entzifferung der handschriftlichen Notizen war der schwierigste Teil dieser insgesamt verdienstvollen Arbeit und verdient besondere Anerkennung. Daß alle hier vorgestellten Unterlagen bis 1989 topsecret waren, versteht sich ja. Daß aber die handschriftlichen Notizen erhalten blieben und nicht weisungsgemäß vernichtet wurden, verdanken wir, wie uns die Herausgeberin wissen läßt (S. 14), ausschließlich einer couragierten Archivarin! Und erst diese Notizen verhelfen uns zum Verständnis dessen, was den Protokollen, da sie lediglich Entscheidungen festhalten, nicht zu entnehmen ist.

Von den 83 Schriftstücken, die das Buch wiedergibt, können hier beispielshalber nur wenige angeführt werden.

Dokument Nr. 1 ist die »Verfügung« des später sogenannten Neuen Kurses durch den Ministerrat der UdSSR (S. 38-43). Sie wurde schon mehrmals abgedruckt, durfte hier aber keinesfalls fehlen. Was manche Interpreten ignorieren: Die »Gesundung der politischen Lage« wurde nicht etwa verordnet, um die DDR zu verewigen, sondern als Voraussetzung für die »Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands« (S. 40). Das war zunächst auch der Ausgangspunkt für die Selbstkritik der SED-Führer, so für Otto Grotewohl, als er die selbstverschuldete »Kluft« zwischen Regierung und Volk als »Gefährdung unserer Politik hinsichtlich der Einheit Deutschlands« und »unserer gesamten Friedenspolitik« bezeichnete (S. 147) – und zwar in der 14. ZK-Tagung, einer am Abend des 21. Juni eröffneten Nachtsitzung des Zentralkomitees der SED, deren höchst aufschlußreiches stenographisches Protokoll hier erstmals veröffentlicht wird (S. 146-188).

Das Zentralkomitee stand noch unter dem Eindruck der Erhebung. Fred Oelßner und Kurt Hager bekundeten sogar Verständnis für »Wut« und »Haß« (S. 180 u. 182), mit denen Arbeiter den Funktionären entgegentraten, stimmten aber doch der Diskriminierung dieser Rebellion als einer »faschistischen Provokation« (S. 189) zu. Allein Rudolf Herrnstadt zog aus dem Konflikt zwischen der Partei und dem Gros der Klasse die gebotenen Konsequenzen, als er im Beschlußentwurf für die nächste (15.) ZK-Tagung zunächst die »Gründe« benannte – Mißachtung und Bevormundung der Werktätigen, Dogmatismus und Sektierertum, Personenkult und Bürokratismus (S. 228 f.) – und dann schrieb: »Hunderttausende unserer Funktionäre, die besten, erkennen diese Schwächen, rebellieren gegen sie«, und »Millionen parteiloser Werktätiger« zeigen sich entschlossen, »gegen die Partei aufzutreten, wenn die Überwindung der Schwächen [...] ein neues Mal nicht zielbewußt genug in Angriff genommen wird. In der Kombinierung dieser beiden großen Kräfte [...] liegt die Chance, die Partei innerhalb weniger Monate zu erneuern« (S. 229 f.).

Dieser äußerst wichtige Text wurde erstmals 1990 in einer Fachzeitschrift veröffentlicht, fand

damals aber wenig Beachtung. Ob das wirklich »kein Reformprogramm« war, wie die Herausgeberin meint (S. 25), darüber kann nun leichter gestritten werden. Ansatzweise erkenne ich ein solches Programm schon in Herrnstadts hier erstmals publizierten »Notizen« für die Politbürositzung vom 13. Juni (S. 102-108). Und wenn Herrnstadt im Beschlußentwurf für das 15. Plenum klarstellt: »Es geht darum, eine Deutsche Demokratische Republik zu schaffen, die für ihren Wohlstand, ihre soziale Gerechtigkeit, ihre Rechtssicherheit, ihre zutiefst nationalen Wesenszüge und ihre freiheitliche Atmosphäre die Zustimmung aller ehrlichen Deutschen findet« (S. 223) – fordert er da keine Partei- und Staatsreform? Deutlich wird hier auch, daß ihm die Partei nicht Selbstzweck war und die Zweckbestimmung der DDR eine gesamtdeutsche.

Zu den wichtigen Erstveröffentlichungen gehören des weiteren das Protokoll der Sitzung, in der das Politbüro diesen Entwurf, von Rudolf Herrnstadt mit Hilfe von Heinrich Rau erarbeitet, am 3. Juli ablehnte (S. 218), sowie Grotewohls Aufzeichnungen vom 8. und über den 9. Juli, die erkennen lassen, wie nahe Ulbrichts Ablösung gewesen war und woran sie endgültig scheiterte. Schon am 23. Juni hatte die sowjetische Parteiführung gefordert, daß die Deutschen »unverzüglich mit jeglicher Verwirrung in der Führung Schluß machen« (S. 197). Darauf hätten Ulbrichts Kritiker sofort reagieren müssen. Am 8. Juli kam ihr Mißtrauensvotum (S. 242-244) viel zu spät – nicht nur wegen Berijas »Entlarvung« und Verhaftung (am 26. Juni), über die Grotewohl, Ulbricht und Oelfner am 9. Juli in Moskau informiert wurden (S. 244 f.).

Zuletzt das Protokoll der am 23. Juli abgehaltenen Sitzung: Da wird vor allem die 15. ZK-Tagung vorbereitet (S. 288 f.), die am 26. Juli Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Hans Jendretzky, Elli Schmidt und Wilhelm Zaisser aus dem Politbüro entfernt, und es ergeht der Auftrag zur Herausgabe einer Sammlung jener Beschlüsse (S. 291 f.), in denen die Parteiführung die Verurteilung der jugoslawischen Partei durch die Kominform-Tagung (November 1948) sowie den Rajk- und den Slánsky-Prozeß (September 1949 und Dezember 1952) ausgewertet hatte, womit sie die Stalinisierung der SED vorantrieb.

JOCHEN ČERNÝ

Klaus Schubert, Martina Klein:  
Das Politiklexikon, Verlag J. H. W.  
Dietz Nachf. Bonn 2003 (3. Aufl.),  
327 S. (15,80 €)

Die Reihe vorliegender Politiklexika erweitert der Bonner Dietz-Verlag um ein Paperback mit über 1300 Stichwörtern. Das von Martina Klein, Mitarbeiterin der Düsseldorfer Hans-Böckler-Stiftung, und dem Münsteraner Politikprofessor Klaus Schubert verantwortete Buch wendet sich erkennbar nicht an Fachwissenschaftler, sondern an politisch interessierte Menschen, bei denen allerdings grundlegende Kenntnisse vorausgesetzt werden.

Für diesen Adressatenkreis ist das »Politiklexikon« sehr hilfreich. Weniger zur internationalen Politik, wohl aber zu Deutschland und der Europäischen Union bleibt kein wesentlicher Begriff unerklärt. Freilich fallen wegen der Vielzahl der Stichwörter einzelne Begriffserklärungen recht knapp aus, so daß gelegentlich zur Vertiefung zu anderen Nachschlagewerken zu greifen wäre. Auf Recherchemöglichkeiten im Internet wird von den Herausgebern verwiesen.

Nicht alle Stichwörter wurden bei der Neuauflage aktualisiert. So wird bei der Erklärung von *Überhangmandat* auf die Bundestagswahlen von 1994 und 1998, nicht aber auf die Wahl 2002 eingegangen. Positiv dagegen sind zahlreiche gute schematische Darstellungen, die geeignet sind, komplexe Sachverhalte nachvollziehbar werden zu lassen. Hilfreich auch die zahlreichen Verweise auf verwandte und angrenzende Begriffe.

Insgesamt somit ein ernsthaftes Buch. Politikwissenschaftlern sagt man ohnehin keinen großen Hang zum Humoristischen nach. Unter den AutorInnen des »Politiklexikons« muß sich jedoch ein heimlicher Fußballfan befinden, der die alte Rivalität zwischen Deutschland und Holland auch hier einfließen läßt. So findet sich zwischen *Opposition* und *Ordnungspolitik* ebenso überraschend wie erheiternd das Stichwort *Oranjegevoel*: (niederl.: Oraniengefühl. O. bezeichnet ein plötzlich aufkommendes Virus in den Niederlanden während internationaler Sportveranstaltungen und bewirkt, daß sich das ganze Land in Orange einfärbt. Der Virus bedeutet keinerlei Gefahr für die Nachbarländer.« (S. 212)

Dennoch zum Abschluß eine humorlose Bemerkung: Daß ausgerechnet beim rückseitigen Klappentext niemand in Verlag und Herstellung die Tücken des Trennprogrammes erkannte, stellt einen der Schönheitsfehler dar, wie sie im Zeichen personell verknappter Lektorate leider bei vielen Verlagen zu konstatieren sind.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

»Dem freien Geiste freien Flug«.  
Beiträge zur deutschen Literatur  
für Thomas Höhle.

Hrsgg. v. Dieter Bächtz, Manfred  
Beetz u. Roland Rittig. Schriften  
der Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V.  
Nr. 2, Leipziger Universitätsverlag  
Leipzig 2003, 183 S., (15 €)

Den 75. Geburtstag des haleschen Germanisten Prof. Dr. Thomas Höhle nahmen Freunde, ehemalige Kollegen und Schüler zum Anlaß, den Wissenschaftler mit einem Kolloquium zu ehren. Die vom Germanistischen Institut der haleschen Universität, der Ortsvereinigung der Goethe-Gesellschaft Halle e.V. sowie der Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. getragene Veranstaltung hatte gut sechs Monate nach dem Geburtstag Thomas Höhles, am 22. Juni 2002, im Schloß Moritzburg zu Zeit – dem Sitz der Ortlepp-Gesellschaft, die eine der jüngsten literarischen Vereinigungen im mitteldeutschen Raum ist – stattgefunden. Ein Vers des unglücklichen Dichters Ernst Ortlepp (1800-1864) lieh sowohl dem Ehrenkolloquium als auch der daraus hervorgegangenen Festschrift für Thomas Höhle den Titel: »Dem freien Geiste freien Flug«.

Thomas Höhle wurde 1926 in Aue geboren, wuchs aber in Düsseldorf und Kassel auf. Dem 1944 in Göttingen abgelegten Abitur folgte die Einberufung zur Wehrmacht. Seiner antifaschistischen Haltung folgend, gehörte er nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Mitbegründern der KPD in Göttingen. 1947 übersiedelte er nach Leipzig, wo er studierte und bei Ernst Engelberg und Hans Mayer promovierte. Von 1951 bis 1959 leitete Thomas Höhle das Institut für deutsche Literatur und kulturelle Massenarbeit an der Bundesschule des Freien Deutschen Ge-

werkschaftsbundes in Bernau, der späteren Hochschule der Gewerkschaften »Fritz Heckert«. Seit 1960 Professor für deutsche Literatur und Leiter des Germanistischen Instituts an der Universität Warschau, wechselte Höhle 1963 an die Universität Halle-Wittenberg, wo er bis 1992 tätig war. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit waren und sind die Autoren Gotthold Ephraim Lessing und Franz Mehring. Zu erwähnen ist auch Thomas Höhles »langjährige Mühewaltung für Gottfried August Bürger und das Bürger-Museum in Molmerswende«, auf die Günter Hartung (Halle) eingangs seines Beitrags über »Reichardts ›Lenore‹-Vertonung« hinweist. Nun auf das achte Lebensjahrzehnt zugehend, ist der Emeritus noch immer fleißig. Momentan arbeitet Prof. Höhle an seinen Memoiren.

Die Festschrift für Thomas Höhle enthält 13 Aufsätze, die mehr als zwei Jahrhunderte deutscher Literatur beleuchten. Die Spanne reicht von der in der Mitte des 18. Jahrhunderts gegründeten »Gesellschaft der schönen Wissenschaften in Halle«, die *Hans-Joachim Kertscher* (Halle) vorstellt, bis hin zur Bearbeitung des Dramas »Der Hofmeister« von Jakob Michael Reinhold Lenz durch Bertolt Brecht im Jahre 1950. Die im Zuge dieser Arbeit geknüpften Kontakte zur Klassikerstadt betrachtet *Lothar Ehrlich* (Weimar) in seinem Beitrag »Brecht und Weimar«. Eröffnet wird der Band mit einer Analyse des Großgedichts »Rede des ewigen Juden« von Ernst Ortlepp. *Rüdiger Ziemann* (Halle) hat diese Dichtung nicht nur einer eingehenden Untersuchung unterzogen, sondern bereitet sie derzeit auch zur Publikation vor. Wie *Roland Rittig*, der zum Herausgebergremium gehört, ist auch *Ziemann* im Vorstand der Ortlepp-Gesellschaft.

Das schön gestaltete Buch, dessen feuerroten Einband eine Zeichnung schmückt, die der Berliner Künstler *Dieter Goltzsche* dem Jubilar zueignete, ist eine bleibende Würdigung für einen vielseitigen und – *Manfred Beetz* erinnert am Beginn seines Beitrages über Schillers dramaturgische Rhetorik in »Wallenstein« daran – auch rhetorisch höchst gewandten Gelehrten, dem zeit seines Wirkens als Hochschul-lehrer vor allem daran gelegen war, künftigen Deutschlehrern und Literaturhistorikern eine gediegene Ausbildung zu bieten.

KAI AGTHE